

## **Rede zum Haushaltsplanentwurf 2015 der Kreisverwaltung**

**Sitzung des Kreistages des Kreises Borken am 26. Februar 2015**

**Gertrud Welper, Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

***- Es gilt das gesprochene Wort -***

Sehr geehrter Landrat Dr. Zwicker,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

2009 wurde die sogenannte Schuldenbremse in Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz festgeschrieben. Diese Entscheidung soll dafür sorgen, dass die öffentlichen Haushalte ohne wesentliches strukturelles Defizit finanziert werden. Für die Länder wird die Nettokreditaufnahme ganz verboten. Das ist auch gut so! Aber das Ziel solider Finanzen und einer nicht weiter steigenden Belastung unserer Kinder und Enkel wird nicht erreicht werden, wenn dies zu Lasten der Kommunen durchgesetzt wird und damit letztlich die Bürgerinnen und Bürger bloß an anderer Stelle belastet werden.

Die höchsten Aufwendungen in den kommunalen Haushalten entstehen dabei durch die soziale Absicherung der Menschen. Der hierbei am stärksten steigende Posten ist die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Schätzungen gehen von einer Steigerung zwischen 2010 und 2020 von 44% aus. Eine Belastung die die Kommunen nicht allein tragen können.

Die Bundesregierung will daher Menschen mit Behinderungen und den Kommunen helfen - sagt sie zumindest. Das ist eine gute Idee. Der Deutsche Landkreistag stellt dazu fest: „Die kommunale Entlastung im Zuge eines neuen Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung gehört zu den im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vorgesehenen „prioritären Maßnahmen“. Damit will der Bund die Kommunen im Umfang von 5 Mrd. € jährlich von der Eingliederungshilfe entlasten. Ein konkreter Zeitpunkt wird nicht genannt. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes sieht der Koalitionsvertrag eine jährliche Entlastung der Kommunen in Höhe von 1 Mrd. € vor. Ein bestimmter Weg, auf dem die Entlastung jeweils kommen soll, wird nicht vorgegeben.“

Wir haben somit eine Bundesregierung, die auf der Grundlage desaströser Kommunalfinanzen den Kommunen eine Wiedereingliederungshilfe in Höhe von 5 Mrd. jährlich verspricht und sich nicht zu schade ist, sich dafür auf einen Auszahlungstermin in verständigen, an dem diese Regierung bereits nicht mehr im Amt ist.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

diese Einflüsse wirken auf das Westmünsterland und seine Kommunen. Das bedeutet vor allem Unsicherheit in der Finanzplanung. Unsere Gesellschaft ist in einem stetigen Wandel begriffen. Beim Neujahrempfang des Kreises hat uns Dr. Winfried Kösters eindrucksvoll vor Augen geführt: Die Dinge sind nicht mehr wie sie waren, und sie werden auch nicht dahin zurückkehren. Die alten Lösungen tragen nicht mehr. Wir leben in einer Zeit von Veränderungen.

In der Hoffnung auf die Zusage der Bundesregierung auf einen kommunalen Finanzausgleichs von 5 Milliarden Euro und auch darauf, dass der Bund die Kosten für Unterkunft für Hilfeempfänger übernehmen wird, kann der Kreis Borken seine Kreisumlage auch in den kommenden Jahren so niedrig wie möglich halten, um die Städte und Gemeinden auch weiterhin nach Kräften zu unterstützen. Wir nehmen unter den Flächenkreisen seit Jahren einen Spitzenplatz ein, was die geringe Höhe der Kreisumlage betrifft.

Die Finanzen des Kreises sind ein solides Fundament, auf das man bauen kann, und wie jeder seriöse Bauherr dürfen wir das Fundament nicht ernsthaft beschädigen, während wir bauen. Weil die Kommunen Planungssicherheit brauchen. Wie sich die Umlage des LWL entwickelt, der die Kosten der Eingliederungshilfe trägt, lässt sich leicht voraussagen: In den

kommenden Jahren stetig weiter nach oben. Nur mit einem ganz tiefen Griff in die Ausgleichrücklage hat der LWL seine Umlage in diesem Jahr bei 16,5% halten können. Im nächsten Jahr erwartet uns aller Voraussicht nach ein Sprung von fast einem zusätzlichen Prozentpunkt bei der LWL-Umlage. Im Wissen um diesen Umstand unsere eigene – ohnehin nur noch spärlich befüllte – Ausgleichrücklage restlos auszuleeren ist der falsche Schritt. Damit verbleiben dem Kreis praktisch keine Möglichkeit mehr, bei künftigen Umlagesteigerungen noch die Lasten der Kommunen wenigstens in Teilen abzufangen.

Auch wenn eine niedrige Kreisumlage ein hohes Gut für die Kommunen ist, so ist Verlässlichkeit und Planungssicherheit ebenso wichtig. Dem Antrag der SPD – was ja praktisch identisch mit dem UWG Antrag aus dem vergangenen Jahr ist – müssen wir daher eine Absage erteilen. Ich freue mich, dass der Landrat – wie ich der Presse entnehmen konnte – unsere Sicht auf den verantwortungsvollen Umgang mit der Ausgleichrücklage beim LWL teilt. Schleierhaft ist mir allerdings, wieso Sie im Lichte dieser Erkenntnis in der Landschaftsversammlung anders abgestimmt haben, Herr Landrat.

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

das Innovationsforum des Münsterland e.V. hat kürzlich bestätigt, was wir Grünen hier bereits seit Jahren vertreten: Der Klimaschutz und die Energiewende enthalten enorme wirtschaftliche Potentiale. Unterlassener Klimaschutz erfordert gigantische Infrastrukturinvestitionen, während erfolgreich umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen Arbeitsplätze schaffen und Einkommen sichern. Wir begrüßen den neuen Klimaschutzmanager bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Allerdings hätten wir diesen Schritt auch schon im vergangenen Jahr gehen können, als wir hier im Haus einen entsprechenden Antrag vorgelegt haben. Aber bei manchem fällt der Groschen eben Pfennigweise, daher müssen wir wohl unterm Strich festhalten: Besser spät als nie.

Beim Klimaschutz wie auch bei der Energiewende gilt: „Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein!“ Zu einer gelingenden Energiewende gehören neben den erneuerbaren Energien auch die Energieeinsparung und die Energieeffizienz. Es geht darum, das gesamte Münsterland zu einem umfassenden Energiemusterland zu entwickeln. Mit dem eingeschlagenen Weg zum eea-Gold Standard sind wir zwar auf dem richtigen Weg, dürfen uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen. Maßnahmen für den Klimaschutz sparen CO<sub>2</sub> und bares Geld. Wir sehen beispielsweise beim Unterhalt der kreiseigenen Gebäude weitere Sparmöglichkeiten. Heiz- und Stromkosten können durch Energiesparmaßnahmen noch weiter gesenkt werden. Das sind sinnvolle Einsparungen, an denen sich beispielsweise in unseren Schulen auch Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer und Lehrerinnen aktiv beteiligen können. Auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung und den weiteren Einrichtungen des Kreises finden bestimmt noch schlummernde Potentiale.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir Grüne hoffen, dass immer mehr Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, deshalb wollen wir keine Kürzungen im Serviceangebot. Wir brauchen neue Konzepte, um hier noch besser zu werden. Investitionen mit dem Ziel einer Mobilen Region Westmünsterland schaffen lokale Arbeitsplätze und bringen den Kommunen im Kreis Gewerbesteuererinnahmen. Es gibt wenige, meist sehr neue wissenschaftliche Untersuchungen zu integrierter Verkehrsplanung in einem Raum wie unserem. Um neue Wege gehen zu können, werden wir in Mobilität investieren müssen: In Konzepte und in Lösungen. Und das immer zusammen mit den Kommunen.

Wir brauchen nicht nur die Mobilität von Personen, sei es per Fahrrad, Auto, Bus oder Bahn. Wenn alte oder behinderte Menschen nicht zum Supermarkt, Arzt oder Apotheke kommen, müssen die Güter und Dienstleistungen halt zu ihnen kommen. Wir stehen wahrscheinlich für die letzte Generation, der die Zeitung wichtiger ist als die News-App. Ohne ein schnelles Breitbandnetz hat der ländliche Raum keine Zukunft. Für die Generation unserer Kinder ist das digitale Netz Grundversorgung wie Strom und Wasser. Eine integrierte Betrachtung aller Elemente von Mobilität wird erstmal komplizierter als das bisherige Vorgehen, weil viel mehr Elemente ineinandergreifen, aber es bietet auch mehr Potentiale.

Wir begrüßen daher, dass der Ausschuss für Verkehr und Bauen einstimmig beschlossen hat, im Rahmen der anstehenden Nahverkehrsplanung auch die Erstellung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes anzugehen. Und wir bedanken uns ausdrücklich bei der SPD-Fraktion, die hierzu unseren Antrag aus dem vergangenen Jahr einfach noch einmal eingebracht hat. Leider bleibt auch hier festzuhalten: Das hätten wir schlicht eher haben können!

Eines ist für uns Grüne klar: Eine integrierte Verkehrsplanung darf nicht an den Investitionskosten scheitern. Ein Kreis, der es sich leisten kann, für die kommenden Jahre im Minimum 75.000 Euro in die Daseins-Vorsorge des Flughafens Münster Osnabrück zu stecken – und das ganz ohne Konzept und Plan, der kann im Mindesten im eigenen Kreisgebiet innovative Verkehrsplanung betreiben.

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht. Ich möchte an dieser Stelle der Grünen Bildungsministerin Sylvia Löhrmann danken, dass sie sich für die Unterstützung der Fortsetzung der Schulsozialarbeit eingesetzt hat und das Land NRW voraussichtlich ab dem nächsten Jahr in die Verantwortung des Bundes einsteigen wird und so auch den Beschäftigten eine Perspektive bietet. Die Schulsozialarbeit unterstützt den pädagogischen Auftrag der Schulen und ist vor dem Hintergrund immer steigender Anforderungen für uns alle nicht mehr aus dem Schulalltag wegzudenken.

Im Rahmen der Inklusion setzen wir auf einen behutsamen Prozess unter Einbeziehung von Schülerinnen, Lehrerinnen und Eltern. Die Inklusion ist die große sozialpolitische Aufgabe in den kommenden Jahren. Wir Grüne stehen zur Inklusion, sehen aber auch die Probleme, die die Umsetzung für den Kreis und seine Institutionen bedeutet und das ist nicht nur eine Frage des Geldes. Geld allein wird hier nicht für Gerechtigkeit sorgen. Wir werden auch um das Verständnis der Bevölkerung an der einen oder anderen Stellen kämpfen müssen und es gilt auch Schutzbedürfnisse anzuerkennen. Dazu haben wir im Kreistag mit Erfolg daran mitgewirkt, dass ein Inklusionsplan für das Westmünsterland erstellt wird. Mit Vorlage dieses Plans, wird die Arbeit an einer echten inklusiven Gesellschaft jedoch nicht beendet sein, sie beginnt erst.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Bei Allem was uns gelegentlich politisch trennt, sind wir aber auch sehr froh, dass wir uns an einem Punkt in diesem Haus sehr einig sind: Denen, die zu uns flüchten vor Gewalt und Terror, vor Hunger und Not in ihren Heimatländern, stehen wir gemeinsam bei. Unser Dank geht an die vielen Ehrenamtlichen, ohne die Betreuung und Integration so nicht zu bewältigen wäre, und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung hier im Haus wie auch in der Stadt Bocholt, die sich mit hohem Engagement und sehr oft über den Feierabend hinaus für eine menschenwürdige Unterbringung und eine gute Betreuung einsetzen.

Der Lokalpresse konnten wir entnehmen, in welcher Weise sich Nachbarschaften und Vereine der Belange jener Flüchtlinge annehmen, die nach vielen Irrungen und Wirrungen zu uns gekommen sind. Sie alle kennen sicherlich einige dieser engagierten Akteure persönlich. Gelebte Nächstenliebe, gelebte Solidarität! Ein solches ehrenamtliches Engagement verdient unsere Anerkennung. Und unsere Unterstützung!

Es ist daher gut, dass wir uns gemeinsam in den kommenden Monaten darüber unterhalten wollen, wie wir die Querschnittsaufgabe Integration im Westmünsterland noch weiter verbessern können. Hierzu liegen bereits der Antrag der SPD – den wir in der Vergangenheit ja auch bereits einmal eingebracht haben – auf Einrichtung eines KIZ vor, aber auch die Idee einer Integrationskonferenz oder eines Integrationsberichtes zur Beratung vor. Uns Grünen ist wichtig, dass wir dabei die Städte und Gemeinden mitnehmen, denn Integration findet vor Ort statt. Hierbei kann und sollte der Kreis die Kommunen unterstützen.

Meine Damen und Herren,

mehr als 400.000 € werden wir im kommenden Jahr bei der Tierkörperbeseitigung einsparen. Dazu bedurfte es keines Antrags im Kreistag, denn der Landtag hat im Dezember das „Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz und zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz“ verabschiedet – übrigens gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Damit endet eine millionenschwere Subventionierung der intensiven Tierhaltung. Selbst wenn beispielsweise jemand den Ausfall der Lüftungen nicht bemerkt und ein kompletter Tierbestand getötet wurde, trug bisher der Kreis einen großen Teil der Kosten für die Entsorgung der verendeten Tiere. Die öffentliche Hand unterstützte dadurch also vor allem große Mastanlagen. Damit ist nun Schluss: Die Kosten für die Beseitigung der Tierkadaver werden zukünftig stärker den Tierhaltern auferlegt. Es ist wichtig und richtig, dass auch zukünftig alle Bauernhöfe bei der Beseitigung verstorbener Tiere unterstützt werden. Ebenso richtig ist aber auch, dass das neue Gesetz erstmals eine Kostendeckelung vorsieht, denn das hier eingesparte Geld können wir wirklich sinnvoller anlegen.

Stichwort: Anlegen. Angesichts der Wertberichtigung bei unseren RWE Aktien in Höhe von fast acht Millionen Euro und angesichts der von RWE selbst eingeräumten, negativen Geschäftsaussichten in ihrem Kerngeschäftsfeld konventionelle Energieerzeugung, muss der Kreis seine Halte-Strategie dringend überprüfen. Ein ewiges Zuwarten wird die Situation nicht besser machen. Wir Grüne haben bereits vor Jahren vorgeschlagen, uns von den RWE-Aktien zu trennen. Damals waren die noch deutlich mehr Geld wert. Der Kreistag sollte sich in diesem Jahr daher endlich intensiv mit seiner Anlagestrategie auseinandersetzen und sinnvolle Alternativen prüfen.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte an dieser Stelle den Fraktionen für die zumeist faire und sachorientierte Arbeit in den Fachausschüssen danken. Ich habe kürzlich eine Studie gelesen, die nachweist, dass fraktionsübergreifende Zusammenarbeit einen wichtigen Faktor für effektives politisches Handeln darstellt. Alle hier haben geschworen, zum Wohle des Kreises und seiner Bürger zu handeln. Jeder mag die dafür erforderlichen Schritte in einzelnen Punkten unterschiedlich sehen. Aber wir sollten im Interesse der Menschen am gleichen Strick ziehen und, soweit es uns möglich ist, auch am gleichen Ende.

Ob der Streit um den Status der Gruppe Die Linke/Piraten dazu beigetragen hat, darf getrost bezweifelt werden. Sondersitzungen, um Ausschüsse neu zu bilden, eingeholte Rechtsgutachten und ein teurer Rechtsstreit. Und am Ende bezahlen das alles die

Bürgerinnen und Bürger, die für den Streit um Verfahrensfragen ohnehin kaum mehr Verständnis aufbringen. Es wäre richtig und wünschenswert, hier nun zeitnah einen Schlusstrich zu ziehen und den Streit beizulegen. Denn weiter bringt das Hick-Hack dazu sicher niemanden.

Um die Sacharbeit im Kreistag sicherzustellen, haben die Fraktionen von SPD und Grünen eine Anpassung der Fraktionsmittel vorgeschlagen. Auch wenn es populär ist, bei der Erhöhung von Diäten und Fraktionsgeldern kräftig dagegen zu halten: Demokratie kostet Geld. Nachdem es in den vergangenen 12 Jahren keine Erhöhung der Fraktionsmittel gegeben hat, die Fraktionen sogar auf wichtige Instrumente wie den Pressespiegel oder Räume im Kreishaus verzichtet haben, ist es an der Zeit, die bei weitem nicht mehr auskömmlichen Mittel anzupassen. Wir bleiben dabei im interkommunalen Vergleich am Schluss des Rankings.

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

ich denke, wir Grünen haben es Landrat und Verwaltung in den vergangenen Monaten nicht immer leicht gemacht. Das ist aber auch nicht unsere Aufgabe. Der Tag der Haushaltsverabschiedung ist daher auch der Tag, an dem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung unser Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen werden muss. Ein Mitarbeiter der Verwaltung und sein Team ist dabei natürlich besonders hervorzuheben: Lieber Herr Kersting, ohne Ihre Bereitschaft, uns zu jeder Zeit die Zahlen zu erläutern und zu berechnen wäre es wohl für keine Fraktion möglich, die 632 Seiten des Haushaltsentwurfs zeitnah und sachgerecht zu bearbeiten. Dafür möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion nochmals ausdrücklich danken.

Meine Damen und Herren,

die Fraktion Bündnis90/Die Grünen ist nicht mit allen Entscheidungen einverstanden, die hier im Hause mit Mehrheit getroffen werden. Unterm Strich liegt uns aber mit dem Haushaltsentwurf 2015 ein solider Beschlussentwurf vor. Politisch sind viele Initiativen und Vorschläge, die wir in der Vergangenheit wie auch in den aktuellen Beratungen zum Haushalt eingebracht haben, nunmehr aufgegriffen worden und in der Umsetzung begriffen. Dem tragen wir Rechnung und werden dem vorliegenden Beschlussvorschlag zum Haushalt 2015 sowie dem Stellenplan zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit